

Parteien fordern Einwohnerrat für Sursee

Grüne, GLP, FDP und SVP wollen in Sursee ein Stadtparlament einführen – im Notfall sogar mit einer Initiative.

Niels Jost

Das politische Geschehen in Sursee könnte bald umgekrempelt werden. In der Stadt mit 10 380 Einwohnern laufen Diskussionen über die Einführung eines Einwohnerrats. Das Thema haben die FDP, GLP und Grünen aufs Tapet gebracht. Dies beim Austausch mit dem neu zusammengesetzten Stadtrat. Auch die SVP befürwortet das Anliegen.

Feuer und Flamme sind insbesondere Samuel Zbinden und Mario Cozzio. Die beiden Kantonsräte präsidieren die Grünen respektive die GLP in Sursee. Sie heben zwei Argumente hervor: die Grösse und die Zentrumsfunktion Sursees. «Eine Gemeindeversammlung ist nicht mehr das richtige Instrument für Sursee», sagt Cozzio. So sei jeweils nur ein Bruchteil der Stimmbewohner anwesend. Und bei gut besuchten Ver-

sammlungen ginge schnell die Übersicht verloren. So geschah im März 2019 bei der Gemeindeversammlung (GV) über die Ortsplanung, welche an zwei Abenden jeweils bis spät in die Nacht dauerte. «Eine seriöse Auseinandersetzung mit den Traktanden war nicht mehr möglich», blickt Samuel Zbinden zurück. «Ein Einwohnerrat würde die Bevölkerung besser repräsentieren und die Geschäfte wären breiter abgestützt.»

Mit einem Parlament könnte man laut Mario Cozzio zudem auf einen Teil der Kommissionen verzichten, deren Aufgabe derzeit überprüft wird (Ausgabe von Mittwoch). Sursee zählt aktuell 21 solche Gremien mit total 170 Sitzen, die vom Stadtrat, Angestellten der Verwaltung und mehrheitlich von Bürgern besetzt werden. Angesichts dessen sagt Cozzio: «Ich habe keine Angst, dass wir nicht genügend

«Ein Einwohnerrat würde die Bevölkerung besser repräsentieren.»

Samuel Zbinden
Präsident Grüne Sursee

Leute finden würden für ein Parlament von beispielsweise 30 Personen.»

Im Kanton Luzern verfügen vier Gemeinden über ein Parlament: Luzern, Kriens, Emmen und Horw. Ab 2024 gibt es auch in Ebikon eines. Die Stimmbürger haben eine Initiative vor zwei

Wochen mit 78 Prozent angenommen. Dies sei aber nicht die Initialzündung in Sursee gewesen, heisst es bei den Parteien. Tatsächlich: Über ein Parlament wird seit 1973 diskutiert. Erst 2015 lehnten die Stimmbürger eine Initiative der SVP ab, welche die GV abschaffen und durch Urnengänge ersetzen wollte.

Für SVP-Präsident Karl Randa ist nach wie vor klar: «Es muss endlich etwas gehen in Sursee.» Auch sein Pendant bei der FDP, Joachim Cerny, findet: «Es ist langsam an der Zeit für einen Einwohnerrat.» Ihm zufolge würden die Vorlagen immer komplexer, gleichzeitig sei eine GV von Emotionen getrieben. Und angesichts des Bevölkerungswachstums sagt er: «Ein Parlament würde zu mehr demokratischer Mitsprache führen.»

Anderer Meinung ist Martin Bisig. Der SP-Präsident sagt: «Grundsätzlich kann jeder an

der GV teilnehmen. Auch Nicht-Parteimitglieder können sich gut einbringen und unkompliziert mitdiskutieren.» Klar, so Bisig weiter, könne man über die Länge oder den Zeitpunkt diskutieren. Doch er ist überzeugt: «Die GV ist ein urdemokratisches Element. Mit einem Parlament delegiert man lediglich eine weitere Aufgabe der Stimmbürger an Einwohnerräte ab.»

CVP stellt
Kosten-Nutzen-Frage

Eine klar ablehnende Haltung zum Einwohnerrat hat die CVP, welche wie die FDP zwei der fünf Stadtratsitze stellt. «Das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmt für die Grösse Sursees nicht», sagt Präsidentin Susanne Stöckli. Sie befürchtet, dass aufgrund der Vorstösse aus dem Parlament zu viel Arbeit auf die Verwaltung fallen würde. Noch keine Stellung bezogen hat der

Stadtrat. «Wir verschliessen uns der Diskussion sicherlich nicht», sagt Jolanda Achermann Sen (SP), welche die abwesende Stadtpräsidentin Sabine Beck (CVP) vertritt. Das Anliegen werde man in der anstehenden Überprüfung der Kommissionsarbeit einbeziehen, so Senn.

Das könnte den Grünen und der GLP zu wenig schnell gehen. Die Parteien prüfen derzeit, eine Gemeindeinitiative zu lancieren, sollte die Einführung auf die lange Bank geschoben werden. Eine Initiative bräuhete es gemäss der Stadtverwaltung ohnehin, um die nötige Änderung der Gemeindeordnung durchführen zu können. Unterstützung könnte von der FDP kommen. Präsident Joachim Cerny sagt: «Wenn der Stadtrat das Thema nicht in der jetzigen Legislatur prüft, dann kommt das Parlament frühestens in acht Jahren. Das ist zu spät.»

Vertrauen in Pflegeheime leidet wegen Abschottung

Die Bettenauslastung in Altersheimen sank schweizweit um 3 Prozent. Im Kanton Luzern hat sich die Lage dagegen schnell normalisiert.

Während des Lockdowns im Frühling wurden Betagtenzentren isoliert. Senioren durften über Monate keine Besucher empfangen. Zudem sind die Bewohner selbst von Corona-Infektionen betroffen. Zahlen des Kantons Luzern zeigen, dass von den bisher 24 Todesfällen deren 14 auf Alters- und Pflegeheime entfallen. Zudem waren rund fünf Prozent der insgesamt 1400 positiv getesteten Personen in Heimen wohnhaft.

Wegen der Abschottung der Senioren und den Todesfällen in Heimen hat das Vertrauen in die Institutionen gelitten. Wie eine Umfrage von Curaviva Schweiz bei 400 Heimen zeigt, nahm die Bettenbelegung landesweit im ersten Halbjahr um 3 Prozentpunkte ab. «Die Coronakrise hat dazu geführt, dass bereits angemeldete Personen nicht eingetreten sind oder den Eintritt aufgeschoben haben», bestätigt der Dachverband der Schweizer Heime.

Seniorinnen und Senioren entscheiden sich also, länger zu Hause zu bleiben. Pro Senectute Luzern stellt fest, dass die Nachfrage nach Entlastungsangeboten im Vergleich zur Zeit vor Corona gestiegen ist. Beim Mahlzeitendienst beträgt die Zunahme rund 20 Prozent. Ruedi Fahrni, Vorsitzender der Geschäftsleitung, erklärt: «Die meisten älteren Menschen möchten so lange wie möglich daheim bleiben. Die Verunsicherung im Zusammenhang mit dem Coronavirus ist ein Faktor, der diesen Wunsch noch verstärken kann.»

Überweisungen aus
Spital nahmen ab

Im Kanton Luzern betrug der Rückgang der Bettenauslastung gemäss Curaviva-Umfrage bei 27 Betrieben 0,7 Prozentpunkte. Laut Christian Arnold, Präsi-



Eine Bewohnerin einer Altersresidenz lauscht einem Konzert.

Symbolbild: Gian Ehrenzeller/Keystone (16. April 2020)

dent von Curaviva Luzern, treten ältere Menschen oftmals direkt vom Spital in ein Heim ein. «Weil im Frühling viele Hospitalisierungen verschoben wurden, führte dies zu einem Rückgang der Eintritte», so Arnold. Zudem sei während der Zeit des Besuchsverbots eine Zurückhaltung bei den Anmeldungen feststellbar gewesen.

Mittlerweile sei bei den Eintritten im Kanton Luzern aber wieder Normalität eingetreten. Arnold sagt: «Die Schutzkonzepte der Branche haben sich bewährt. Senioren und ihre Ange-

hörigen merken, dass Besuche unter Einhaltung der Schutzmassnahmen wieder möglich sind.» Ob Besuche erlaubt bleiben, hängt von der epidemiologischen Lage ab (siehe Kasten).

Luzerner vertrauen
den Pflegeinstitutionen

Angesichts des geringen Rückgangs der Belegungsquote liegt der Schluss nahe, dass das Vertrauen in die Luzerner Betagtenzentren im Vergleich zur Gesamtschweiz kaum gelitten hat. Erklären lässt sich dies auch damit, dass Luzern grundsätzlich

weniger stark vom Coronavirus getroffen wurde als etwa Zürich oder die Westschweiz. «Die Todesfälle in den Alters- und Pflegeheimen waren im ersten Halbjahr 2020 nicht höher als im Vorjahr», ergänzt Arnold.

Laut dem Präsidenten von Curaviva Luzern hat auch der Umstand geholfen, dass in den Medien keine Fälle von Altersheimen mit vielen Todesfällen publik geworden seien. Einen weiteren Unterschied zu anderen Kantonen sieht Arnold im ländlichen Charakter: «In vielen Luzerner Gemeinden gibt es nur

ein einziges Heim. Die Einwohner vertrauen der Institution, man kennt sich und die Beziehung ist persönlicher gestaltet. Oft sind die Institutionen auch im Besitz der Gemeinde oder man arbeitet eng miteinander zusammen.»

Ob Zufall oder nicht: Bei den städtischen Betagtenzentren Dreilinden, Eichhof, Rosenberg, Staffelnhof, Wesemlin und Tribischen nahm die Bettenauslastung im ersten halben Jahr um 2,9 Prozentpunkte ab, wie Viva Luzern mitteilt. Das ist deutlich mehr als im kantonalen Schnitt.

Besucherbeschränkung
bei hohen Fallzahlen

Im Winter nimmt die Gefahr von steigenden Coronafallzahlen zu. Werden dann Besuchsverbote für Betagtenzentren zur Option? Oberstes Ziel sei es, dass sich die Bewohner in den Institutionen zu Hause und in Sicherheit fühlen, antwortet Christian Arnold, Präsident von Curaviva Luzern. «Die kantonale Entwicklung der Fallzahlen sowie die aktuelle Situation in der Institution entscheiden aber über die Stufe mit den entsprechenden Massnahmen.»

Fünf Stufen im kantonalen Schutzkonzept bestimmen, wie die Heimleitungen Besuche zu regeln haben. Derzeit gelten die Massnahmen der Stufe 3, weil es in den letzten sieben Tagen zwischen 41 und 100 neuen Fällen gab. Heime sind dazu aufgefordert, Besuchszeiten zu definieren. Weiterhin gilt die Registrierpflicht von Stufe 2. Erst ab Stufe 5 (über 201 Fälle) sind Besuche nur noch mit Einverständnis der Institutionsleitung möglich. Bei Auftreten einer Ansteckung wird die Station direkt auf die höchste Stufe gesetzt. (jus)

Die Auslastung habe sich aber bis dato wieder erholt. Viva Luzern geht davon aus, dass das Coronavirus «deutliche finanzielle Spuren» hinterlassen werde. Konkrete Zahlen liegen keine vor. Curaviva-Präsident Arnold weist darauf hin, dass nicht nur die gesunkenen Belegungszahlen zu Ertragsausfällen führen: «Bei den Materialkosten gibt es einen hohen Anstieg, weil sich die Beschaffung der Schutzmaterialien extrem erschwert und verteuert hat.»

Julian Spörri